

H: Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Immer wieder sagen uns Menschen: Wir brauchen einen wehrhaften Staat: Es gibt so viele Bedrohungen. **Wir brauchen Sicherheit!** Die Nachrichten sind voll dramatischer Meldungen: Kriege und Krisenherde weltweit, flüchtende Menschen an unseren Grenzen, Naturkatastrophen kommen hinzu - und nun noch die Corona-Pandemie. Auch im Unterhaltungsbereich beim beliebten ‚Tatort‘ Sonntagabend wird uns das Gruseln gelehrt.

Können wir uns noch sicher fühlen? Und kann ein wehrhafter Staat uns vor all den Problemen schützen?

Die Pandemie hat eines deutlich gemacht: Was uns aktuell am meisten gefährdet, ist die Sparpolitik der vergangenen Jahre. Neben der Vernachlässigung vieler gesellschaftlicher Bereiche, auf die ich hier nicht weiter eingehe, ist es die weitgehende Privatisierung des Gesundheitswesens, die uns persönlich in Gefahr bringt. Impfstoffe, Corona-Schutzmittel, und die meisten Krankenhäuser befinden sich in privater Hand. Und das heißt, sie müssen Gewinne abwerfen! Das geht aber nur zu Lasten der Menschen und Patient*innen. Selbst in dieser großen, weltweiten Krise, in der alle Betten auch bei uns dringend gebraucht werden, wurden 20 Krankenhäuser wegen Unrentabilität geschlossen! Die Gesundheitsämter wurden personell zurückgefahren, sind technisch schlecht ausgerüstet und können die wichtige Aufgabe der Kontakt-Nachverfolgung von positiv getesteten Personen nicht leisten. Aktuell erleben wir eine 3. Welle der Infektionen, in der die Ansteckungsgefahr von Tag zu Tag zunimmt. Ein Ende ist auf Grund der Mangelverwaltung von Vakzinen nicht abzusehen. Vor ein paar Tagen hat die WHO eine Warnung vor den europäischen Zuständen ausgesprochen. Wir hier sind mittlerweile zum Hotspot bei der Coronabekämpfung weltweit geworden.

Br:

Liebe Friedensfreundinnen und-Freunde!

Da hilft uns kein ‚wehrhafter Staat‘! Was wir brauchen ist eine Stärkung des Sozialstaates, der die Probleme mit Investitionen und entschlossenen Maßnahmen anpackt. Dazu gehören Gesundheit und Bildung, aber auch konsequentes, rechtsstaatliches Vorgehen gegen antidemokratische Organisationen und rechten Terrorismus. Und wir brauchen eine Vermögenspolitik, die diejenigen für das Allgemeinwohl heranzieht, die von der Krise profitieren. So kann der soziale Frieden erreicht werden, den wir uns für ein sicheres Leben wünschen.

Trotz fehlender Einnahmen durch den Lockdown bleibt es den Kommunen auf Grund der irrsinnigen **Schuldenbremse** untersagt, notwendige Kredite aufzunehmen. Als Folge drohen den Diensten in der kommunalen Daseinsfürsorge Auslagerungen und Privatisierungen in großem Stil. Und wohin das führt wissen wir: zu Entlassungen und mehr Arbeitsdruck bei den Mitarbeiter*innen. Viele unterstützungsbedürftige Menschen – überwiegend Frauen - sind durch den **Wegfall von fast 1 Mio. Minijobs** noch ärmer geworden. Viele Pflegekräfte geben auf, oder wandern ab, wegen unerträglicher Arbeitsbedingungen. Wir brauchen dringend eine angemessene Bezahlung im Care-Bereich!

Die Reichen jedoch haben unter Corona-Bedingungen bestens verdient. Die Armutsschere hat sich weiter geöffnet. **Diese Zustände gefährden unser aller Wohl und Sicherheit.**

H:

Und was gefährdet unsere Sicherheit nach außen? -

Drohen uns etwa der Einmarsch russischer Armeen oder die Übernahme unserer Wirtschaft durch die Chinesen?

- Ist unsere Stellung auf dem Weltmarkt und damit unser Wohlstand in Gefahr?
- Hat das Erstarken der Rechten in unserem Land mit einer Bedrohung von außen zu tun?

Nichts davon ist der Fall und nichts rechtfertigt die militärische Aufrüstung für einen möglichen Krieg, der nicht nur Mrd. Steuergelder kostet, sondern vor allem Menschenleben.

- Nichts rechtfertigt auch die Gefolgschaft zur neuen, alten ‚Schutzmacht‘ USA mit ihren Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel, ihrem längst überholten Anspruch die Welt zu kontrollieren und die für einen völlig wahnsinnigen Krieg gegen China und Russland trommelt.

- Als ‚Speerspitze der NATO‘ unterstützt unsere Bundeswehr gefährliche Manöver an der Russischen Westgrenze und mit der Entsendung der Fregatte ‚Bayern‘ in den Pazifik und ins südchinesische Meer, beteiligt sie sich an einer Kanonenbootpolitik der USA in Regionen der Erde, wo wir völkerrechtlich nichts verloren haben.

- Ein **Wirtschaftskrieg** gegen Russland, China und andere Länder ist bereits in vollem Gange,
- ein **heißer Krieg mit automatisierten Waffensystemen** wird vorbereitet. Und Deutschland befindet sich mit den westlichen NATO-Partnern **auf der Seite möglicher Angreifer!!**

Der Zustand unseres Landes ist katastrophal: es herrschen Coronabedingte Notstandsmaßnahmen im Innern, die Friedenskräfte sind gelähmt und eine Wirtschaftskrise kommt auf uns zu. Nach außen wird gleichzeitig! eine militärische Aggression gegen Russland und China propagandistisch vorbereitet. Denken wir an unsere Geschichte!

Das bedroht unsere Sicherheit in höchstem Maße.

Br:

51 Mrd € macht der Staat aus Steuermitteln dieses Jahr locker für Aufrüstung in neue autonome Waffensysteme, Atombomber, Kampfschiffe und Panzer - und diese Summe soll jährlich ansteigen. Bis auf 70 Mrd in 3 Jahren.

- Die sogenannte ‚Sicherheitspolitik‘ des Verteidigungsministeriums hat einen gegenteiligen Effekt: Nach außen werden Krisen durch militärische Einmischung und Waffenlieferungen angefacht. Gerade hat die EU mit dem **European Peace Facility (EPF) Abkommen**, Waffenlieferungen in Afrikanische Länder beschlossen. Damit wird kein Frieden **hergestellt**. Im Gegenteil: die Lage dort wird instabiler.

Würde jedoch dieses Kapital für eine echte Friedenspolitik auf internationaler Ebene eingesetzt werden, so könnte Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten.

- z.B. beim Aufbau vom Krieg verwüsteter Regionen,
- im Rahmen der OSZE bei der Lösung von Konflikten mit zivilen und diplomatischen Mitteln. Bisher wurde für zivile Friedensprävention weniger als ein Zehntel der Militärausgaben verwendet.
- es könnte ein gerechter Handel mit den Ländern des globalen Südens gefördert werden,
- humanitäre UN-Organisationen und Flüchtlingscamps im nahen Osten und in Afrika sind **chronisch unterfinanziert**. Hier und in Katastrophengebieten könnte es **den Menschen ermöglicht werden, mit deutschen Geldern übergangsweise**, ein erträgliches Leben zu führen, bis sie in ihre Heimatregionen zurückkehren können.
- **Das Ausrauben des globalen Südens muss aufhören!** Damit vor allem auch junge Menschen in ihren Heimatländern bleiben und beim Aufbau mithelfen können. Damit sie nicht gezwungen sind,

unter Lebensgefahr in die Länder des reichen Nordens zu flüchten – wo sie eine ungewisse Zukunft erwartet.

- **Dafür braucht es aber großzügige und kluge Investitionen vor Ort, Kooperation auf Augenhöhe**
- **das Ende einer Politik, die von neokolonialen Machtinteressen geleitet ist, um die ohnehin gebeutelten Regionen weiter auszuplündern.**
- **Das würde dem Weltfrieden dienen, den Planeten Erde vor weiterer Verwüstung bewahren und es würde das Leben der Menschen weltweit allmählich sicherer machen.**

H:

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Wir fordern von unserer Regierung:

Sicherheits- und Friedenspolitik müssen neu gedacht werden!

Jahr für Jahr gehen wir Ostern für Frieden auf die Straße, aber wir werden nicht gehört! Die bundesweite **Kampagne ‚Sicherheit neu denken‘** hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 eine Wende von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik zu erreichen. Sie nimmt die Regierung beim Wort: **Verantwortung in der Welt übernehmen? Ja!** Aber nicht zur zur Sicherung unseres Wohlstandes mit militärischen Mitteln. Deutschland ist ein reiches Land. Es kann durch Investitionen in zivile Instrumente der Friedenspolitik und durch Lobbyarbeit in nationalen und internationalen Gremien die Klima- und Wirtschaftsgerechtigkeit weltweit voranbringen. Deutschland hat sich auf dem Weltgipfel 2015 mit 193 Staaten verpflichtet, **die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen**. Punkt 16 der Agenda fordert Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Davon sind wir heute weit entfernt.

Br:

Wir sind es leid, dass unsere Steuern für Militärprojekte verwendet werden. Die Wünsche, die Lippenbekenntnisse sich für Frieden einzusetzen reichen uns nicht mehr!

- **Wir brauchen keine Militärmissionen, wir brauchen auch kein MILITÄR!**
- **Wir fordern, den Bundestagsbeschluss von 2010 endlich zu vollziehen und die Atombomben aus Deutschland zu entfernen**
- **Die großen Kapitalströme müssen in Frieden und Wiederaufbau und in eine ökologische und soziale Transformation der nationalen Volkswirtschaften gesteckt werden.**
- **Es ist unser Geld, allein 51 Mrd. dieses Jahr! Wir haben das Recht zu bestimmen, wofür es eingesetzt wird. Mit unserer Stimme bei den Bundestags- und Kommunalwahlen Wahlen können wir Einfluss darauf nehmen.**

H:

Deutschland kann und muss mit einer neuen Außenpolitik vorangehen, auf einem Weg, der auf Verständigung und Kooperation ausgerichtet ist. Nur das bewahrt uns vor einem neuen heißen Krieg. Das dient dem Frieden und sorgt für Wohlstand auf allen Seiten. Wir streiten für dieses Ziel.

- **Und wir streiten für Klimagerechtigkeit und die Erhaltung der ökologischen Lebensbedingungen auf unserer Erde, entsprechend der Agenda 2030 und dem Klima-Abkommen von Paris. (nicht mehr als 1,5 ° Klimaerwärmung)**
- **Nur so schaffen wir eine friedliche und lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel! - hier und weltweit!**